

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 27 (1986)
Heft: 20

Artikel: Publikation nach vier Jahren : eine politische Umfrage unter polnischen Studenten
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093479>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Publikation nach vier Jahren

In Polen hat eine kleine Fachzeitschrift jetzt die Ergebnisse einer Studentenumfrage veröffentlicht, die vier Jahre zurückliegt. Dass der (teilweisen?) Freigabe ein langes Gerangel vorausgegangen ist, lässt sich gut verstehen, wenn man die Antworten liest, an denen Regimefreunde keine

Freude haben können. Weniger leicht zu beantworten ist die Frage, warum die Publikation doch noch und überhaupt gestattet wurde. Indessen scheint (siehe letzte Nummer) in den letzten Monaten generell etwas mehr Bewegung in die polnische Presse gekommen zu sein.

Die Veröffentlichung erfolgte in der Zeitschrift «Edukacja Polityczna» (Nr. 4/5 1986), die ohne fixierte Periodizität erscheint und keine grosse Auflage hat. Die fachsprachlich gedämpfte Überschrift lautet «Studenten 82; sozialpolitische Meinungen und ihre Faktoren», und als Verfasser des Beitrags zeichnet Julian Bugiel, ein Krakauer Universitätsprofessor, dem man eine eher regimekritische Einstellung nachsagt.

Die Umfrage, um die es geht, ist 1982, also im Jahr nach dem Militärputsch, an der Bergwerkakademie von Krakau unter den Studenten im ersten Studienjahr durchgeführt worden. Die

Antworten konnten anonym gegeben werden, weil der ausgefüllte Fragebogen nicht unterschrieben zu werden brauchte. Wir bringen hier einige Ergebnisse, deren politische Relevanz flagrant ist. Da nicht alle Befragten auf alle Fragen geantwortet haben, ergibt die Addition der möglichen Antworten jeweils weniger als 100 %.

Gleich zu Beginn findet sich das brisanteste Item vom Fragebogen: «Meinst du, dass die Einführung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 nötig war?» Hier das vielsagende Ergebnis: Ja 17,3 % (!), Nein 60,5 %, keine Meinung 20,4 %.

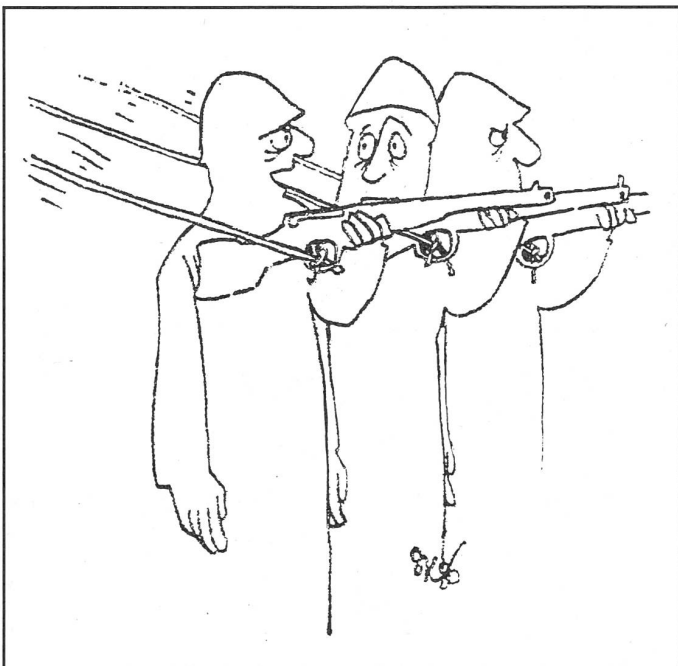
Die Detailauswertung nach sozialer Herkunft ergibt, dass die Studenten und Studentinnen aus Arbeiterfamilien und Akademikerfamilien die Ausrufung des Kriegszustands deutlich stärker ablehnten (mit 63,4 und 61,7 %) als die Kinder aus dem Bauernstand (46,8 %). Von diesen gaben gleich 36,4 % an, keine Meinung zu haben, eine Antwort, die nur von 17,6 % der Studenten aus intellektuellem Milieu gegeben wurde.

Bei der nächsten Frage ist zu beachten, dass sie sich auf eine Tätigkeit bezieht, die unter den kriegsrechtlichen Bedingungen illegal und strafbar war: «Was hältst du von Gedenkfeiern wie zum Beispiel am 31. August oder an einem Dreizehnten eines jeden Monats?»

Was diese Daten bedeuten, ist jedem Polen klar. Am 31. August 1980 wurden zwischen den Arbeitervertretern und der Regierung die Danziger Vereinbarungen geschlossen, die den Arbeitern unter anderem das Recht zugestanden, partei- und staatsunabhängige Gewerkschaften zu gründen. Das war somit auch die Geburtsstunde der freien Gewerkschaft Solidarnosc, die mit rund 10 Millionen Mitgliedern bald den Grossteil der polnischen Werktätigen umfassen sollte. Der «Dreizehnte» bezieht sich auf den Staatsstreich vom 13. Dezember 1981. Damals wurde auch die Solidarnosc suspendiert (und später via neue Gewerkschaftsgesetzgebung verboten).

An diesen Daten pflegt man in der polnischen Bevölkerung seit 1982 Gedenkstunden abzuhalten, die schon oft zu spontanen Kundgebungen geführt haben. Die Frage nach Gedenkfeiern dieser Art bedarf im polnischen Kontext keiner weiteren Erläuterung.

Das Ergebnis ist wiederum interessant. 48,3 % der Befragten kreuzten die Antwort an «Ich finde sie (die oppositionellen Gedenkfeiern) richtig beziehungsweise gerechtfertigt», und 17 % hielten sie für «unnötig». (Bemerkenswerterweise wurde offenbar die Antwort «unrichtig» oder «feindlich» nicht als ernstzunehmende Möglichkeit in Betracht gezogen, obwohl sie der offiziellen Darstellung entsprechen hätte.) «Keine Meinung» äusserten 32 % der Befragten (und 46,8 % der Befragten aus bäuerlichen Verhältnissen).



«Von morgen an sind wir dann selber am Abzug, ja?» («Polityka», Warschau, 16. 8. 1986)

Die Karikatur ist eingebettet in einem Bericht über einen «Chef», dem man in der Gemeindeabstimmung nicht die Décharge erteilte.



«Was man nicht weiss: Ist es sicherer, den rechten Flügel anzugreifen oder den linken?» («Polityka», Warschau, 6. 9. 1986)

der Studenten aufbrachten, die «schwer zu sagen» ankreuzten, ist auch schwer zu sagen.

Wie unendlich weit weg vom Anspruch eines kommunistisch regierten Staates man bei alledem ist, merkt man aber erst, wenn man sich vor Augen führt, was alles fraglos vergessen wurde. Den Ausweg aus der Krise (falls es in sozialistischen Verhältnissen überhaupt zu einer Krise kommen kann) gewährleistet der Sozialismus. So oder ähnlich müsste die Aussage lauten, wie sie der Ideologie entspricht, mit der schliesslich die gesamte bestehende Ordnung begründet wird. Aber anscheinend hat man nicht einmal danach gefragt. Oder man hat es (so oder ähnlich formuliert) getan, und die Zensur musste die Publikation verhindern, weil niemand oder fast niemand die Antwort angekreuzt hat, die laut der massgeblichen Ideologie richtig sein müsste.



Von Interesse ist wie gesagt die Frage, wieso die nachträgliche Publikation einer solchen Umfrage gestattet wurde. Hier spielt wohl der gleiche Faktor mit, von dem wir in der letzten Nummer – bezogen auf die Umweltthematik – schon gesprochen hatten. Relevante Erhebungen von wissenschaftlichen Institutionen werden häufig von Solidarnosc-Sympathisanten der Untergrundpresse zugespielt, die natürlich nicht zaudert, sie zu veröffentlichen. Da muss die gedruckte Presse wenigstens ein bisschen mithalten, wenn sie das Feld jeweils nicht völlig dem verbotenen Schrifttum der Opposition überlassen will.

Tatsächlich ist die Untergrundpresse auch auf dem Gebiet von Meinungsumfragen mit der

Veröffentlichung schon «vorgeprellt». So brachte die inoffizielle Monatsschrift «Kontakty» in ihren Nummern vom September und Oktober 1985 eine vergleichende Studie zu den Studentenumfragen, welche von der Universität Warschau unter Leitung des Soziologieprofessors Stefan Nowak regelmässig durchgeführt wurden. Von «Kontakty» verglichen wurden die Ergebnisse von 1978 (Ende Gierek-Ära) mit den (amtlich zurückgehaltenen) Ergebnissen von 1983.

Obwohl die 1978 und 1983 gleichbleibenden Fragen nicht so greifbar politisch formuliert sind wie bei der Erhebung vom Krakauer Institut, lassen sich doch recht aufschlussreiche Verschiebungen in der studentischen Einstellung beobachten. Auf die Frage zum Beispiel, für welche Werte es sich lohne, das Leben einzusetzen, ist die Antwort «für die Wahrheit» 1978 in 27 % der Fälle angekreuzt worden, 1983 aber in 36 % der Fälle. Demgegenüber war bei der immer noch führenden Antwort «für die Heimat» ein signifikanter Rückgang von 89 auf 75 % festzustellen. Höher als zuvor kotiert wurden «Religion» (+7 %) und «gesellschaftliche Ideale» (+2 %), worunter sich die Befragten natürlich Beliebtes und Gegensätzliches vorstellen mochten. Nach dem «Sozialismus» wurde in keinem der beiden Jahre gefragt; dreimal darf man raten warum. (Die Fragen konnten kumulativ beantwortet werden.)

Obwohl dem Fragebogen der direkte Biss fehlte, waren auch sonst (zum Beispiel in Hinsicht auf die Vorstellungen einer verbesserten Wirtschaft) einige nicht uninteressante Rückschlüsse möglich.

Auf jeden Fall lässt sich in Polen besser als in anderen sozialistischen (kommunistisch geführten) Ländern sehen, was die Leute vom System halten. *rf/po*

Die Anschlussfrage nach der persönlichen Bereitschaft, an solchen Gedenkfeiern persönlich teilzunehmen, ergab eine umgekehrte Mehrheit, begreiflicherweise angesichts der persönlichen Risiken: Ja 28,1 %, Nein 37,6 %, keine Meinung 31,4 %. Die hohe Quote an nicht vorhandener oder nicht geäusserteter Meinung dazu lässt sich vielleicht auf einen Vorsichtsreflex zurückführen. Einige der Studenten mögen gefürchtet haben, trotz der Anonymität der Umfrage identifiziert werden zu können.

Was halten (oder hielten 1982) die polnischen Studenten von der Zukunft? Der Fragebogen ging jedenfalls davon aus, dass von der Gegenwart nicht viel zu halten sei: «Wie siehst du die Perspektive für einen Ausweg aus der Krise?»

Hierzu war eine grosse Auswahl an möglichen Antworten vorgegeben, so dass ein Katalog an Formulierungen mit jeweils kleinen und kleinsten Prozentzahlen entstanden ist. Zum Beispiel setzten ein paar der Befragten ihre Hoffnungen auf künftige Wirtschaftsreformen oder auf die Frucht ihrer persönlichen Arbeit (in dieser Beziehung zeigten übrigens die Studentinnen mehr Optimismus als ihre männlichen Komilitonen). Aus dem Strauss verzetzelter Minderheitsansichten scheint uns immerhin eine Antwort politisch bemerkenswert: nur gerade 4,2 % prognostizierten «gute Beziehungen zwischen Regierung und Gesellschaft» als Faktor zur Verbesserung der Lage.

Indessen ergeben zwei Antworten, die eigentlich zusammengehören, eine absolute Mehrheit. 27,9 % der Befragten sehen «angesichts der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage keinen Ausweg» aus der Krise, und 26,6 % halten «viele Jahre» für erforderlich, bevor ein Ausweg sichtbar werden könne. Addiert bringen es die beiden analogen Antworten auf 54,5 %, und wieviel Hoffnung die 10,5 %

Bestellschein für ZETBILD

Ich bestelle ein Jahresabonnement ZeitBild zu Fr. 48.—
(Ausland sFr. 53.—/DM 64.—). Erscheinungsweise alle zwei Wochen.

Name _____

Vorname _____

Strasse _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Bitte einsenden an ZeitBild, Postfach, CH-3000 Bern 6